

Zurück zu „Made in Europe“?

Stefanie Haring

Nr. 4/2020

Darum geht's

Unzählige Nachrichten der letzten Wochen wirkten alarmierend. Hamsterkäufe bei Lebensmitteln, Engpässe bei Antibiotika, der akute Mangel an Schutzbekleidung und Schutzausrüstung in Spitälern, die Unterbrechung zahlreicher Lieferketten, insbesondere aber die Schließung der Grenzen haben Ängste geschürt. Dabei stellte sich immer mehr die Frage, wie stark Europa und auch Österreich von ausländischen Produktionsstätten, Produkten und intakten Lieferketten abhängig sind. Denn anhand der weltweiten Sars-CoV-2-Ausbreitung wurde einerseits die weltweite ökonomische Vernetzung allen vor Augen geführt. Andererseits war zu erkennen, dass in Krisenzeiten besondere Gesetze gelten. So wurden z.B. strategisch wichtige Güter – in diesem Fall medizinische Schutzausrüstung – häufig für den Export erst freigegeben, wenn die Versorgung im Inland gewährleistet war.

Daher ist es nötig, sich grundsätzlich mit der allgemeinen Versorgungssicherheit auseinanderzusetzen. Sind die EU insgesamt und die jeweiligen Staaten schon zu stark vom Ausland abhängig? Können wir uns etwa bei einer globalen Pandemie nicht darauf verlassen, dass die Transportketten funktionieren und die benötigten Güter fristgerecht und im erforderlichen Umfang geliefert werden? Viele Politiker fordern bereits auf nationaler und EU-Ebene ein Zurück zu „Made in Europe“ sowie eine Abkehr von der Globalisierung. Aber ist das realistisch? Führen ihre Appelle tatsächlich in absehbarer Zeit zur Rückholung von

Produktionsstätten etwa aus dem asiatischen Raum nach Europa?

Es würde zu kurz greifen, aus aktuellem Anlass nur pharmazeutische Produkte und medizinische Schutzausrüstung zu betrachten. Viel wichtiger ist es, eine Zusammenschau in der Gesamtheit vorzunehmen.

Die Faktenlage

Vorab ist anzumerken, dass die Globalisierung weltweit zu einem enormen Anstieg des Wohlstands führte und die Lebenserwartung in den letzten 30 Jahren um mehr als sechs Jahre gestiegen ist. Allerdings war in letzter Zeit auch zu erkennen, dass Handelsbeziehungen vermehrt als Instrument im geopolitischen Wettstreit eingesetzt werden – siehe den Konflikt zwischen den USA und China.

Europa – im Konkreten die EU – trachtet daher seit einigen Jahren, seine Ausgangssituation in diesem Konzert der Mächte zu verbessern. Allerdings bestehen in einigen Bereichen enorme Abhängigkeiten, was die EU-Position schwächt. Eine Übersicht dazu:

Energie: Der EU-weite Energiebedarf wird zu 55% durch Importe gedeckt, wobei die Situation der einzelnen Staaten sehr unterschiedlich ist. Der Import von Rohöl erfolgt zu 30% aus Russland, 11% aus Norwegen, 8% aus dem Irak sowie je 7% aus Kasachstan und Saudi-Arabien. 2018 kamen 40% der Erdgas-Importe aus Russland, 26% aus Norwegen und 11% aus Algerien. 39% der anderen Brennstoff-Importe wurden aus

Russland geliefert sowie jeweils 17% aus den Vereinigten Staaten und Kolumbien. Die Zahlen belegen die hohe Abhängigkeit von einigen wenigen Lieferanten, was sich in Krisenzeiten sehr negativ auf die Versorgungssicherheit auswirken kann. Auch Österreichs Energiebedarf wird zu mehr als 60% durch ausländische Lieferungen gedeckt.



Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und Hi-Tech-Produkte: Die europäischen Länder sind in hohem Maße von Chinas Wertschöpfungsketten abhängig, insbesondere was Hardware betrifft. Bei der Softwareentwicklung hingegen ist man auf die USA angewiesen. IKT hat weitreichende Auswirkungen auf die Sicherheit, sie gehört zur kritischen Infrastruktur. 2018 machten Hi-Tech-Produkte 19% des gesamten Imports in den EU-Raum aus. Dazu zählen v.a. die Bereiche Raum- und Luftfahrt, Computer und Büromaschinen, Elektronik und Telekommunikation, Pharmazie, wissenschaftliche Instrumente, elektrische und

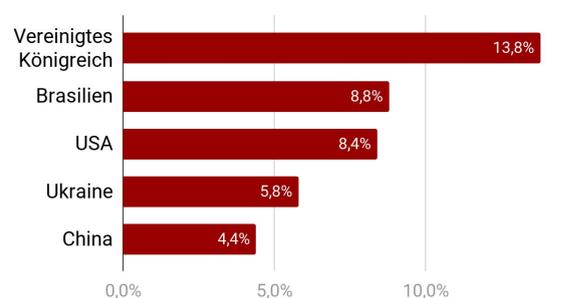


nichtelektrische Maschinen, Chemie und Rüstungsgüter. China, die USA und die Schweiz waren die Hauptproduzenten und

Lieferanten. Europa hat auch im Bereich der zukunftsbestimmenden Künstlichen Intelligenz (KI) deutlichen Nachholbedarf. Hier sind ebenfalls China und die USA die bestimmenden Akteure, die den Markt in Europa dominieren.

Agrarprodukte und Lebensmittel: Die wichtigsten Handelspartner der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich waren 2019 das Vereinigte Königreich (13,8%), Brasilien (8,8%), die USA (8,4%), die Ukraine (5,8%) und China (4,4%). Der umfangreichste Handel von Agrarprodukten findet aber zwischen den EU-Ländern statt (69% im Jahr 2000, 73% im Jahr 2016). Der Anteil der Einfuhren aus

Top 5 Handelspartner der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich



Drittländern an den Gesamteinfuhren der EU28 ging von 31% im Jahr 2000 auf 27% im Jahr 2016 zurück. Der Grad der Eigenversorgung ist bei den wichtigsten Nahrungsmitteln in Europa hoch. Österreich lag z.B. laut Global Food Security Index 2019 auf Rang 10 von 113 gelisteten Staaten. Große Defizite gibt es aber bei Ölsaaten, Obst und pflanzlichen Ölen.

Pharmazeutische und medizinische Produkte: Rund 80% der Ausgangsstoffe vieler Medikamente, darunter insbesondere Antibiotika, werden außerhalb der EU und den USA hergestellt, was die hohe Abhängigkeit von funktionierenden globalen Lieferketten verdeutlicht. Zwei Länder dominieren den gesundheitskritischen Bereich – nämlich China und Indien. Während die Wirkstoffe hauptsächlich aus China kommen, werden die Produkte für europäische Pharmakonzerne zumeist in Indien hergestellt, insbesondere Generika. Die Pharma-Forschung erfolgt jedoch vorrangig in Europa und den USA.

Auch die derzeit so „umkämpften“ Schutzausrüstungen für den medizinischen

Bereich kommen zum größten Teil aus Asien. Die niedrigen Produktionskosten in diesem Raum haben in den letzten Jahrzehnten zu einer umfangreichen Auslagerung geführt. In Zeiten eines „Normalzustands“ erschien das aus rein ökonomischen Gründen als zweckmäßig und wurde nicht hinterfragt.



Rohstoffe/seltene Erden: Rohstoffe sind für die industrielle Produktion unverzichtbar, vor allem die Hi-Tech- und Kommunikations-Industrie benötigen sogenannte Seltene Erden. China ist seit einigen Jahren der größte Schürfer und Exporteur von Seltenen Erden sowie von 24 weiteren Rohstoffen. In Europa war der Abbau vielerorts eingestellt worden, weil er sich nicht mehr rentierte. Europas Hi-Tech-Industrien hängen daher von der Lieferbereitschaft Chinas und von intakten Versorgungsketten ab.

Von besonderer Relevanz ist:

- Angesichts aktueller Erfahrungen, z.B. bei der Beschaffung dringend benötigter Schutzausrüstung, ist der Ruf nach der Rückführung entsprechender Produktionskapazitäten nach Europa (oder in die USA) laut. Einer „Akutbeurteilung“ sollte aber eine gründliche Gesamtanalyse im EU-Rahmen folgen, die nachhaltige Lösungsansätze aufzeigt. Viele strategisch relevante Bereiche, wie z.B. Rohstoffe, Energie oder der IKT-Bedarf und kritische Infrastruktur, wurden ja schon vor der Corona-Pandemie analysiert, auf diese Daten kann die EU zurückgreifen.
- Funktionierende Prozesse und Dienste im IKT-Bereich sowie die ausreichende Verfügbarkeit von Rohstoffen und

Produkten sind in Krisen von höchster Wichtigkeit. Ohne Informations- und Kommunikationssicherheit könnten Maßnahmen nicht angeordnet und umgesetzt werden, rasch könnte sich auch Panik unter der Bevölkerung ausbreiten. Denn gerade die Telekommunikationsinfrastruktur ermöglicht eine Substituierung etablierter Prozesse in vielen Bereichen – siehe Home-Office, Home-Schooling – und das Aufrechterhalten von sozialen Kontakten sowie der Informationssicherheit, die in Krisen besonders wichtig ist.

- Die Food and Agriculture Organisation (FAO) macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur aufgrund sich ändernder Bedingungen bzgl. Umwelt, Klima, Politik, sondern auch wegen demographischer Veränderungen notwendig ist, die Ernährungssicherheit zukünftig zu gewährleisten. So könnte bis 2050 die Nahrungsmittelnachfrage um 70% steigen, was eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert. Die Ernährungssicherheit kann insbesondere durch Forschung und Innovation, zu denen auch Landwirte Zugang haben, verbessert werden.
- Kürzlich präsentierte EU-Strategien deuten auf ein partielles Zurück zu „Made in Europe“ hin. Die „New Industrial Strategy“ zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie der EU zu stärken sowie Abhängigkeiten zu vermindern und schlägt Maßnahmen für die Versorgung mit kritischen Rohstoffen und Arzneimitteln vor. Der „New EU Circular Economy Action Plan“, der Teil des „EU Green Deal“ ist, soll den Weg zu einer Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit ebnen. Mit einer neuen „EU Pharmaceutical Strategy“ wird mehr Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit angestrebt.
- Eine von der EU veröffentlichte Liste der „kritischen Metalle“ umfasst jene Metalle, deren ungehinderte und gesicherte Verfügbarkeit für die europäische Wirtschaft von immenser Bedeutung ist. Durch eine gezielte Strategie soll die

Verwundbarkeit bspw. durch Diversifizierung der Lieferketten oder die Bereitstellung von Finanzmitteln für Forschung und Entwicklung (F&E) vermindert werden.



Die EU-Länder könnten außerdem nicht abgebaute Mineralien auf europäischem Boden im Wert von rund 100 Mrd. € fördern. Auch forciertes Recycling von Altmaterialien würde eine deutliche Abhilfe schaffen.

So sehen wir das

- Ein gezielter Trend hin zur Regionalisierung kann Vorteile bringen. Es könnten Arbeitsplätze geschaffen, Abhängigkeiten reduziert und eine bessere Krisenvorsorge getroffen werden. Es gilt aber zu bedenken, dass eine Rückholung der Produktion nach Europa zumeist mit großem finanziellen Aufwand und Ausgaben verbunden wäre. Staaten müssten dafür entsprechende Anreize schaffen und Konsumenten vermutlich deutlich höhere Preise zahlen.
- Eine völlige Abkehr von globalen Produktions- und Handelsmechanismen ist unrealistisch. Das hätte auch negative Folgen, denn wechselseitige Abhängigkeiten erfordern einen konstanten politischen und ökonomischen Austausch sowie internationale Mechanismen und Verfahren, die politischem Isolationismus und Nationalismus entgegenwirken. Einseitige Abhängigkeiten sind jedoch zu reduzieren – das kann v.a. durch Diversifizierung beim Einkauf oder durch den Aufbau europäischer Produktionskapazitäten samt Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen, v.a. Rohstoffe und Personal, erzielt werden.
- Ein umfangreiches Zurück zu „Made in Europe“ allein aufgrund der Corona-Pandemie ist nicht zu erwarten. Denn weiterhin werden die Preise und Gewinnaussichten darüber bestimmen, an welchen Orten dieser Welt produziert wird. Allerdings könnte „Liefersicherheit in Krisenzeiten“ zu einem wesentlichen Entscheidungsfaktor werden. Unsicherheiten können ja nicht nur als Folge von Pandemien entstehen, sondern auch aus innen- oder außenpolitischen Entwicklungen. So wurden Gaslieferungen bereits als politische Waffe gegenüber Europa eingesetzt. Dasselbe kann auch mittels anderer Rohstoffe oder Produkte erfolgen.
- Es wäre äußerst unzweckmäßig und politisch fatal, wenn einzelne EU-Staaten ausschließlich nationale Lösungsansätze verfolgen. Sie hätten kein Verhandlungsgewicht und würden rasch in starke Abhängigkeiten geraten. Damit würden sie vermutlich höhere Preise bezahlen, ihre Versorgungssicherheit wäre vom Goodwill der großen Lieferanten abhängig und sie würden ihre Entscheidungsfreiheit einbüßen. Letztlich würden sie sich und allen EU-Staaten schaden.
- Die von der EU angestrebte strategische Autonomie in sicherheitspolitischen Belangen erfordert auch ein hohes Maß an Autarkie in kritischen Versorgungsbereichen, um in Krisenzeiten bestehen zu können und nicht abhängig oder erpressbar zu sein. Eine rein taxative Erfassung relevanter Aspekte und singuläre Lösungsansätze wären dabei letztlich ein Irrweg. Denn es geht darum, die Handlungsfähigkeit Europas gegenüber den Interessen der Großmächte USA, China, Russland und Indien zu erhalten und auszubauen. Dies erfordert eine Zusammenschau aller kritischen Bereiche sowie die Entwicklung, aber auch rasche Umsetzung umfassender Strategien.